

Initiativantrag

**der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten
betreffend
eine Studie über die Wirtschaftlichkeit einer Fusion von Linz AG und Energie AG**

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, eine Studie über die Wirtschaftlichkeit einer Fusion von Linz AG und Energie AG in Auftrag zu geben und dem Oö. Landtag vorzulegen.

Begründung

Österreich leidet an Überbürokratisierung, Reformunwilligkeit und einer Vielzahl an unnötigen Doppelgleisigkeiten. Eines der bekanntesten Beispiele hierfür ist, dass sich die öffentliche Hand in Oberösterreich ohne zwingende Notwendigkeit mehrere Versorgungsunternehmen leistet.

Bereits im Jahr 2001 hat eine Expertise des Beratungsunternehmens A.T. Kearney aufgezeigt, dass eine Fusion von Energie AG und Linz AG zu einer deutlichen Effizienzsteigerung und damit einhergehenden beträchtlichen Einsparungen führen könnte.

Firmenzentralen könnten zusammengelegt werden, ebenso wie die Vorstände, Aufsichtsräte, Buchhaltungsabteilungen, Personalabteilungen, strategische Energieabteilungen und Bauabteilungen. Inoffizielle Stimmen aus den beiden Unternehmen bestätigen ein hohes Einsparungspotential. Obwohl sich seit geraumer Zeit Vertreter der Landespolitik positiv über eine mögliche Fusion äußern, werden derzeit keine Handlungen gesetzt.

Eine neue Studie soll nun das tatsächliche aktuelle Einsparungspotential einer Fusion der beiden großen oberösterreichischen Versorgungsunternehmen feststellen und damit eine faktenbasierte Grundlage für eine weitere politische Bewertung des möglichen Zusammenschlusses ermöglichen.

Linz, am 3. November 2014

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Steinkellner, Schießl, Nerat, Klinger, Lackner, Mahr, Cramer, Povysil, Wall